

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 20. November 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. November  
1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub hat den Platz des kürzlich verstorbenen Gemeinderates Heitzinger mit einem Lorbeerkranz geschmückt. Bürgermeister Seitz hält dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf, der stehend angehört wird. Nach der Wahl von zwölf Gemeinderäten in die Kommission zur Vorbereitung des internationalen Städtebaukongresses, der in Wien im Jahre 1926 stattfinden wird, wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. Ohne Wortmeldung werden bauliche "Erstellungen auf dem Zentralviehmarkt St. Marx, im Schiachthof Meidling, auf dem städtischen Pferdemarkt und Naschmarkt genehmigt. Weiter wird beschlossen, eine Reihe von Grundstücken in Fünfhaus, Währing und Döbling anzukaufen, für die Herstellung eines Akkumulatorengebäudes der städtischen Elektrizitätswerke 2.5 Millionen Schilling zu bewilligen, die Leichenbestattungskonzession in der Josefstadt durch die städtische Leichenbestattung zu pachten, hundert Aktien der Wiener Baustoffe A.G. anzukaufen, einen Betrag von 26.000 Schilling für die Fertigstellung des Hartäckerparkes zu bewilligen, die Filialwache der städtischen Feuerwehr in Döbling, Würthgasse, zu einer Hauptwache auszugestalten, anlässlich der Erbauung des Waschhauses für die Volkswohnhäuser am Margaretengürtel eine Grundpacht abzulösen und gleichzeitig den Entwurf und die Baubewilligung für dieses Waschhaus mit einem Kostenaufwand von 1.395.000 Schilling zu genehmigen und für die Deckung der Kosten für die Herstellung des Fundamentes des Luegerdenkmales 25.000 Schilling zu bewilligen.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Anschaffung von zwei Dampfturboaggregaten von je 15.000 Pferdestärken für die Kraftwerke Simmering und Engerthstrasse der städtischen Elektrizitätswerke. Für das Kraftwerk Engerthstrasse ist ein Sachkredit von 1.500.000 Schilling und für die Anschaffung im Kraftwerk Simmering, wozu noch vier Hochleistungskessel kommen, ein solcher von 3.800.000 Schilling notwendig. Wie aus dem Vortrag des Direktors der Elektrizitätswerke Karel hervorgeht, sind Neuanschaffungen für die Elektrizitätswerke dringend notwendig geworden, um hinter der fortschreitenden Entwicklung der modernen Maschinen nicht zurückzubleiben. Die alten Maschinen haben sich im Laufe von zwanzig Jahren entsprechend abgenutzt. Gerade auf diesem Gebiete schreitet die Technik stetig vorwärts und hat in den letzten Wochen und Monaten wieder neue Errungenschaften zu verzeichnen. Für den Winter 1925/26 ist wieder eine sehr starke Inanspruchnahme unserer Wiener Werke zu erwarten und wir müssen heute schon damit rechnen, ihr voll gerecht werden zu können.

G.R. Scholz (chr.-soz.) dankt für den Vortrag des Direktors Karel, weil dadurch in die Zustände des Wiener Kabelnetz es Einblick gewährt wurde. Wenn man aber heute daran geht, neue Maschinen anzuschaffen, die im Lauf der letzten

zwei Jahrzehnte abgenutzt worden sind, so darf man die Kosten dafür nicht nur auf zwei Jahre aufteilen. Das Elektrizitätswerk sollte jährlich Rücklagen machen. So aber wird schon nach zwei Jahren die ganze Anlage vollkommen schulden- und lastenfrei dastehen. Diese Zeit ist viel zu kurz. Wir würden es viel entsprechender finden, wenn zur Aufbringung dieser Summen ein Bankkredit in Anspruch genommen würde.

G.R. Angermayer (chr.-soz.) erhebt keine Einwendung gegen die technische Seite des Antrages, sondern vielmehr gegen die kaufmännische Gebahrung. Gerade eine Stadtverwaltung, die sich weit volksfreundlicher und sozial mitfühlender als die vergangene zu sein rühmt, müsste ihre Unternehmungen als eine Art Wohlfahrtseinrichtungen betrachten. Bei der Erstellung des Preises für den Strom wirken am ausschlaggebendsten die Ausgaben für die Investitionen mit. Redner gibt an Hand eines detaillierten Auszuges die Summen für die Investitionen an. Würden diese geringer sein, so würde der Strompreis niedriger zu schätzen sein. Es ergibt sich nämlich, dass die Gesamtsumme dieser Belastungen über 133 Milliarden Kronen im Laufe eines Jahres betrug. Rechnet man nun aus, wie diese Ziffern sich auf den Preis einer Kilowattstunde auswirken, so sieht man, dass die Mehrbelastung bis zu einem Siebentel ausmacht. Dies könnte man leicht dadurch ersparen, wenn man die Beträge hierfür auf dem Wege einer Anleihe aufbrächte. Man kann heute nicht mehr sagen, dass es schwer sei, im Ausland eine Anleihe aufzunehmen. Man geht heutzutage geradezu mit dem Geld hausieren. Verschiedene Städte Deutschlands haben bedeutende Anleihen im Auslande unschwer aufnehmen können. Aber es scheint der Majorität bequemer zu sein, der Bevölkerung höhere Preise zu diktieren und daraus die grösseren Auslagen zu bestreiten. Sie nützt ihre Monopolstellen rücksichtslos aus. In Zillingdorf wurden in aller Stille zwei Tagbaue eingestellt und auf den Tagbau Neufeld konzentriert. Das hatte die Entlassung von ungefähr 2000 Arbeitern zur Folge. Wenn das ein Privatunternehmer tut, schreien die Sozialdemokraten Zetler und Mordio, sie aber glauben sich alles erlauben zu dürfen. Zillingdorf wurde auch in aller Stille ohne dass der Gemeinderat davon verständigt wurde ein ganz un-  
Tiefbau mit grossen Kosten angelegt und das Ziegelwerk eingestellt.  
Zur Begründung wird angegeben, dass angeblich kein <sup>Bedarf</sup> mehr bestehe. Schliesslich fragt Redner den Bürgermeister, was die Festbeleuchtung des Rathauses am 15. November gekostet hat und warum die Bewilligung dieser Kosten nicht vom Gemeinderat eingeholt worden sei.

Bürgermeister Seitz erwidert, die erste Festbeleuchtung des Rathauses anlässlich der Vollendung des Opponitzer Werkes sei von der Wasserkraftaktiengesellschaft bezahlt worden. Die Installationen wurden damals gleichfalls auf Kosten der Gesellschaft vorgenommen, sodass für die letzte Illumination nur die sehr geringfügigen Kosten der Beleuchtung selbst zu decken waren. Der in Betracht kommende Betrag war so gering, dass seine Bewilligung noch innerhalb der magistratischen Kompetenz liegt und eine spezielle Genehmigung durch eine Gemeinderatsinstanz nicht angesprochen werden musste.

Vizebürgermeister Emmerling kommt in seinem Schlusswort auf die Ausführungen/zu reden und verweist darauf, dass die Anlage in der Engerthstrasse nur einen Ersatz darstellen und sohin die Kosten aus Betriebsmitteln gedeckt werden müssen. Das-treffe selbe/zum Teile für die Simmeringer Anlage zu. Die Christlichsozialen haben seinerzeit aus den Elektrizitätswerken bedeutende Reinerträge herausgeholt und an den Gemeindefiskus abgeführt, der Preis betrug sieben Goldheller, heute zahlt man nur 5.2 Groschen, was wesentlich billiger ist als damals. Es geht doch nicht an, was uns die Minorität zumutet, keine Abschreibungen vorzunehmen und alles auf Anleihe zu buchen. Die vorläufige Einstellung der beiden Tagbaue in Zillingdorf bedeutet eine Vereinfachung des Betriebes, sie wurde vorgenommen um die Preisbildung günstig zu beeinflussen. Auf der einen Seite sagt die Opposition wir sollen das nicht machen, dann wieder sagt sie, dass man preussische Kohle billiger bekäme. In diesem Gestrüpp des Widerspruchs zeigt sich nur, dass die Opposition um jeden Preis unsere Methoden bekämpft, die darauf abzielen, aus dem Betrieb soviel als möglich herauszunehmen und dem Betriebe wieder dadurch zugute kommen zu lassen, dass wir diese Auslagen aus Betriebsmitteln bestreiten. Sie bezeichnen das als unrichtige Methoden.

G.R. Haider macht einen Zwischenruf, auf den Gemeinderat Eisinger (soz. dem.) erwidert: Gescheiter werden Sie doch nicht Sie bleiben so blöd wie Sie waren.

Auf den Bänken der Christlichsozialen erregt dieser Zwischenruf Unwillen und Gemeinderat Holaubek ruft dem Gemeinderat Eisinger zu: Sie sind ein ganz gewöhnlicher Verleumder.

G.R. Haider (chr. soz.): Der Ehrabschneider ist frech, das erlaubt sich nur ein so jüdischer Verleumder!

Bürgermeister Seitz ersucht um Ruhe und fügt hinzu, wenn ein Schimpfwort ausgesprochen werde, habe jedes Mitglied des Gemeinderates das Recht, sofern der Vorsitzende den Ausdruck nicht gehört und ihn infolgedessen nicht gerügt habe, Beschwerde zu führen. Es sei aber nicht notwendig auf Beschimpfungen mit Gegenbeschimpfungen zu antworten.

G.R. Haider: Wir haben niemand beschimpft. (Heiterkeit bei der Mehrheit)

Der Referent bittet schliesslich um die Annahme der Anträge.

Die Referentenanträge werden sodann in getrennter Abstimmung, wobei die Christlichsozialen nur für die Bedeckung stimmen, angenommen.

G.R. Figcher (soz. dem.) berichtet über einen Sachkredit zur Anschaffung von 13.000 Stück Elektrizitätszählern im Betrage von 700.000 Schilling. Die ganze Anzahl der bestellten Zähler wird erst mit Ende des Jahres ausgeliefert werden können, um aber den Anforderungen entsprechen zu können, müssen neue Zähler angeschafft werden.

G.R. Scholz (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass man eine derart grosse Anzahl von Apparaten im Auslande bestellt. Dies ist eine schwere Schädigung unserer einheimischen Arbeiterschaft die um ihren Verdienst gebracht wird. Es wird davon gesprochen, dass diese Zähler im Auslande bedeutend billiger zu bekommen sind. In letzten Zeit hat man auch versucht, nur einen Teil dieser Apparate aus dem Auslande zu beziehen, und das Gehäuse im Inlande zu er-

zeugen. Mithin wandern aber doch 80 Prozent der Summen wieder in das Auslande hinaus. Von der Anzahl der 35.000 Stück Zähler, die abgeliefert werden sollten, sind bis jetzt kaum vier-bis fünftausend dem Elektrizitätswerk zur Verfügung gestellt worden.

Redner fragt den Referenten, welches Pönale die Firmen wegen nicht zeitgerechter Lieferung zahlen.

Bürgermeister Seitz: Es ist mir die Mitteilung zugekommen der Gemeinderat Haider habe zum Gemeinderat Eisinger die Ausdrücke „Verleumder“ und „Ehrabschneider“ hinübergerufen und Herr Gemeinderat Eisinger habe diese Worte mit dem Ausdruck „blöde“ in dem Zusammenhang reflektiert, dass er mit dem Gemeinderat Haider nicht rede. Mit ihm zu reden hätte keinen Zweck, er bleibe doch so blöde, wie er sei. Ich rufe beide Herren wegen dieser parlamentarisch absolut unzulässigen Ausdrücke zur Ordnung.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Isler (soz. dem.) berichtet über eine Strassenherstellung auf dem Gaudenzdorfergürtel, in der Siebertgasse und Herthergasse im XII. Bezirk, und beantragt einen Zuschusskredit von 44.000 Schilling für die Lieferung neuer Steine. Rings um den ehemaligen Hundstürmer Friedhof werden die Strassen hergestellt und hiezu werden ausser den verwendbaren alten Steinen noch neue gebracht. Die Bedeckung soll durch den für die Strassenherstellung auf dem Bürgerplatz nicht in Anspruch genommenen Kredit erfolgen.

G.R. Binder (chr. soz.) wendet sich gegen die Stillisierung des Antrages, weil aus der Vorlage nicht deutlich hervorgeht, zu welcher Post der Zuschusskredit verlangt wird.

G.R. Isler klärt diese formale Sache auf, worauf der Antrag angenommen wird.

G.R. Hiess (soz. dem.) beantragt eine Subvention von 20.000 Schilling für das Oesterreichische Arbeiter-Turn- und Sportfest, das vom 4. - 11. August 1926 in Wien abgehalten werden soll und zu dem Tausende aus dem In- und Auslande erwartet werden. Dadurch wird der Ruf der Stadt in hohem Masse wieder gefestigt.

G.R. Haider (chr. soz.) polemisiert länger gegen die einseitige Art, in der Subventionen an Sportvereinigungen gegeben werden. Die Minorität begrüesse es aufrichtig, wenn Mittel zur Ertüchtigung der Bevölkerung aufgewendet werden, aber sie kann auch verlangen, dass diese aus allen Steuerträger fliessenden Summen in gleichem Masse ohne Unterschied jeder Partei zur Verteilung kommen. Im Laufe des Jahres 1924 wurden insgesamt 575 Millionen Kronen an Subventionen für Sportvereine ausgegeben. Dem Christlich-deutschen Turnerbund hat man das zweimalige Ansuchen um eine Subvention glatt abgelehnt. Gegen die einseitige Gewährung von Subventionen muss auf das entschiedenste Protest erhoben werden. Redner stellt fragt an, wie es sich mit einem Vorfall zugetragen hat, der vor 14 Tagen vorgekommen sein soll. Ein Strassenbahner wurde wegen einer Aeusserung über das Wohnungsamt, die er in einer Versammlung gemacht hatte, zur Disziplinierung gezogen.

G.R. Hiess erklärt, dass aus Blätternachrichten entnommen werden kann, wie gross das Interesse an der Arbeiterolympiade im Auslande ist. Wenn auch an Soldatensportvereinigungen Subventionen gegeben werden, so beweist dies, dass die Gemeinde Wien hier Mittel aufwendet, die eigentlich der Bund zur kör-

perlichen Ertüchtigung seiner Soldaten bereitstellen sollte. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Beträge aus dem Erlös der Wohltätigkeitsmarken verwendet werden. Die Äusserung des Straßenbahnwärters war derart, wie sich kein städtischer Angestellter über ein städtisches Amt äussern sollte.

Der Antrag wird angenommen-

G.R. Jenschik beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 20.000 Schilling für die Instandsetzung der städtischen Amtsgebäude, da der veranschlagte Betrag von 393.780 Schilling bereits aufgebraucht ist. Die Mehrausgabe ist auf eine Steigerung der Löhne und Materialpreise von rund dreizehn Prozent zurückzuführen.

G.R. Stöger (chr. soz.): Zum vierten und hoffentlich zum letztenmal muss ich in einer Sache das Wort ergreifen, die zu einem Skandal ausgeartet ist. Es handelt sich um den baulichen Zustand der Realschule in der WALTERGASSE. Ein Hilferuf der Elternschaft dieser Schule hat gezeigt, dass höchste Gefahr im Verzuge ist und es gewisslos wäre noch länger zuzuwarten. Vor acht Tagen löste sich ein grosses Stück Mauerwerk los und stürzte in die Tiefe. Es hätte ausgereicht, ein Menschenleben zu vernichten. Ein weiterer Absturz von Giebelstücken ist nur eine Frage der Zeit. Jene Decke, die von der Gemeinde zu erhalten ist, befindet sich in einem schauderhaften Zustand. Die Minderheit erhebt neuerlich ihre warnende Stimme, denn dort sind Menschenleben gefährdet. Sie wollen die Angelegenheit nur dazu benützen, um beim Bund Geld herauszupressen. Sie geben hier ausschliesslich alle Schuld dem Bund. Es sei vorausgeschickt, dass jetzt in dieser Sache Verhandlungen im Gange sind, sodass Ihnen auch diese Auerede genommen ist. Es ist aber nicht anzunehmen, dass diese Verhandlungen von heute auf morgen beendet sein werden. Inzwischen können Menschenleben zugrunde gehen. Die Chronik der Walterschule zeigt, welche reicher Segen ihr entsprossen ist, sie zeigt, welche bedeutende Männer aus ihr hervorgegangen sind. Die Realschule in der WALTERGASSE war der Prachtbau der Wieden; sie ist heute zu einem Schandfleck der Stadt Wien geworden. Sie haben an dieser Schule kein Interesse, weil sie dem Bund untersteht. Wer das Innere der Anstalt betritt ist heute nach ansehnlicher Überraschung, denn es ist alles in schönster Ordnung. Dafür hat nämlich der Bund gesorgt. Für das Aeusserere sollte die Gemeinde sorgen, hier ist aber alles verwahrlost. Was der arme Lazarus, der Bund, aufgebaut hat, das verdirbt der reiche Frasser, die Gemeinde Wien. (Beifall bei der Minderheit). Ich habe Sie neuerlich von den Stand der Dinge informiert. Ich appelliere heute nicht mehr an den Bürgermeister als Landeshauptmann, sondern an den einfachen Bürger Seitz und sage, da drüben in der WALTERGASSE sind Menschenleben in Gefahr, Gemeinde Wien erfülle Deine Pflicht.

St.R. Breitner: Dieser Appell war notwendig, denn die Verhältnisse an dieser Schule bedürfen raschestens einer Aenderung. Ob der Sachverhalt hier nicht übertrieben wurde, will ich nicht untersuchen. Ein Skandal liegt vor, nur ist er nicht bei der Gemeinde, sondern einzig und allein beim Bund. Die Bundesregierung ist es gewesen, die sich lediglich gegenüber dem Land Wien ablehnend verhalten hat, ja in diesen Dingen eine Sabotagepolitik trieb. Am 27. Oktober 1921 hat der Finanzausschuss des Nationalrates einen Gesetzentwurf verhandelt, der sich auf die alten Verträge der Länder und Gemeinden wegen der Benützung von öffentlichen Gebäuden durch den Bund für die verschiedensten Zwecke bezog. Es

wurde einstimmig eine Resolution beschlossen - auch mit den Stimmen der Christlichsozialen - in der die Regierung angewiesen wird, raschestens nach ganz bestimmten Gesichtspunkten Vereinbarungen über die den Gemeinden für diese Gebäudebenützung zustehenden Entschädigungen zu treffen. Es sind 204 solcher Verträge in Frage gekommen und mit sämtlichen Gemeinden, in denen solche alte Verträge bestanden haben, hat sich der Bund auseinandergesetzt, nur mit Wien nicht. Ich habe am 25. Oktober 1922 den Ministerialrat Fieger von der Staatsgebäudeverwaltung besucht, ihn diese Angelegenheit vorgebracht und auf sein Verlangen am 27. Oktober 1922 eine genaue Liste aller dieser Gebäude überreicht. Die Gemeinde hat vorgeschlagen, dass alle Gebäude, die dem Bund gehören und von der Gemeinde benützt werden, gegen jene Gebäude, die der Gemeinde gehören und vom Bund benützt werden, zum Austausch gelangen. Das ist die einzige der normalen Vernunft entsprechende Regelung, da sonst nur Streitigkeiten und Klagen entstehen. Erst am 17. Mai 1923, nach dem ich am 9. Mai eine Mahnung gerichtet habe, wurde mir von Herrn Ministerialrat Fieger mitgeteilt, dass er unsere Eingabe weitergeleitet habe und er empfehle, dass die Gemeinde sich direkt mit dem Ministerium in Verbindung setzen möge. Am 22. Mai 1923 schrieb ich an den Minister Dr. Schürff ausführlich, um was es sich handelt. Auch auf die Schule in der WALTERGASSE habe ich damals aufmerksam gemacht. Im Juni 1923 antwortete Minister Schürff, dass seinem Ressort sehr daran gelegen sei, diese Angelegenheit raschestens zu erledigen. Im Juli 1923 habe ich neuerlich die Angelegenheit beim Minister urgirt. Am 25. November 1923 hat dann der Herr Bürgermeister sich an den Bundeskanzler gewandt und in einem Schreiben ausführlich den Sachverhalt geschildert. Am 28. November 1923 antwortete der Bundeskanzler, dass er dieses Schreiben an den Bundesfinanzminister weitergeleitet habe. Man folgten unsererseits Dutzende von Urzügen und am 3. Juli 1925, nachdem also fast drei Jahre nutzlos vergangen waren, wendete sich der Bürgermeister an den neuen Bundeskanzler mit dem Ersuchen, die schon solange zugesagte Besprechung einzuberufen. Vor drei Wochen wurde endlich die Gemeinde zu einer Verhandlung eingeladen und da wurde uns eröffnet, dass die Gemeinde alle Gebäude, die vom Bund benützt werden, tadellos instandsetzen soll um sie dann der Bundesverwaltung als Geschenk zu überlassen. Wir haben gegenüber dieser Frotzelei neuerlich auf unseren Vorschlag über den Austausch solcher Gebäude bestanden. Am 20. November 1925 hat der Bürgermeister neuerdings an den Bundeskanzler geschrieben und das Tauschanbot urgirt, wobei gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, durch eine dritte, also unparteiliche Person fachmännische Schätzungen über den Wert der Gebäude vornehmen zu lassen. Ich darf wohl glauben, dass auch die Mitglieder der Opposition sich als die Wahrer der Interessen der Gemeinde fühlen und ich kann in dieser Angelegenheit kein politisches Streitobjekt erblicken. Wir haben uns nur dagegen gewährt, dass Wien als einziges Land anders behandelt worden ist, wie alle übrigen Bundesländer. Was man der Gemeinde angeboten hat, ist, um nicht mehr zu sagen, unwürdig. Der Austausch dieser Gebäude ist nur recht und billig. Wir wünschen, dass endlich, das was wir seit drei Jahren verlangen und gar nicht so kompliziert ist, durchgeführt werden soll. Sie werden nun beurteilen können, wo die Sabotage ist, die hier auf dem Rücken schuldloser Kinder erfolgt. (Beifall).

G.R. St. Stöger (chr. soz.) bemerkt, wenn die Gemeinde vor drei Jahren dem Bunde jene Vorschläge gemacht hätte, die sie erst jetzt erstattet, so wäre die ganze Angelegenheit sicherlich anders ausgefallen.

G.R. Kunschak (chr. soz.) erklärt, um zu einem wirklich zutreffenden Urteil zu gelangen müsste man doch auch die zweite Seite hören. Zwischen dem vom Stadtrat Breitner verlesenen Briefen habe sich noch etwas anderes abgespielt.

St. R. Breitner: Dass keine Antwort gekommen ist.

G.R. Kunschak: Dieses „Andere“ kennen wir nicht. Wenn man auch zugeben muss, dass hier ein Verfehlen der Bürokratie beim Bunde vorliegt, so war doch der Gegenstand der Debatte hauptsächlich der, dass die Gemeinde Wien ihrer vertragsmässigen Verpflichtung auf Herstellung der Schule in der Waltergasse nicht nachgekommen ist. Auch wir finden es sehr merkwürdig, dass der Streit zwischen Bund und Gemeinde auf den Schultern wehrloser Kinder ausgetragen wird. Da die Gemeinde aber vertraglich verpflichtet ist, für die Herstellung der Schule Sorge zu tragen und diese Verpflichtung nicht erfüllt, liegt das Verschulden nur an der Gemeinde.

St. R. Breitner verweist darauf, dass <sup>erwähnte</sup> der Vertrag durchaus nicht so klar sei, wie Gemeinderat Kunschak annehme und verliest eine Zuschrift des Bundeskanzlers Dr. Ramek an den Bürgermeister, in der es heisst, dass lediglich verhandlungstechnische Gründe die Ursache waren, weshalb es noch nicht zu einer mündlichen Aussprache gekommen sei, denn es müsste erst die Rechtslage erhoben werden. Wenn diese Rechtslage so klar wäre, hätte der Bundeskanzler nicht drei Jahre gebraucht sich zu entscheiden, sondern einfach den Stadtpunkt einnehmen können, dass die Gemeinde Wien auf Erfüllung des Vertrages durch eine Klage zu verhalten wäre. Redner könne hier nur wiederholen, dass die Gemeinde bereit sei, diese Angelegenheit in einer durchaus loyalen Weise zu regeln.

G.R. Kunschak erwidert, wenn der Bundeskanzler die Rechtslage überprüfen lasse, beweise das gar nichts für den vorhandenen Zustand. Die Rechtslage wäre sehr rasch geklärt, wenn Herr Stadtrat Breitner, der ja soviel Briefe verlesen hat, nun auch den Vertrag vorlesen würde. (Heiterkeit und Zustimmung bei der Opposition).

Während der Vorsitzende Gemeinderat Schorach die Abstimmung einleitet, wird auf den Bänken der Christlichsozialen gerufen: Den Vertrag vorlesen!

Der Vorsitzende konstatiert sodann die Annahme des Referentenantrages.

G.R. Kohl (soz. dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 42.000 Schilling für den Ankauf von Liegenschaften Kardinal Nagelplatz Nr. 4, Hainburgerstrasse 70 und 59 im III. Bezirk. Dieser Beschluss des Stadtsenates ist auf Grund einer Verfügung des Bürgermeisters bereits durchgeführt worden.

G.R. Binder (chr. soz.) fragt an, warum dieser Ankauf so dringlich behandelt worden ist. Der Referent erklärt, dass der Grundankauf wegen der Fertigstellung der Baupläne dringlich zu behandeln war. Der Antrag wird hierauf angenommen.

St. R. Siegel berichtet über die Erweiterung des Währingerparkes, wo nunmehr auch der letzte Teil einbezogen wird. Die Kosten hierfür betragen 70.000 Schilling.

G.R. Erben (chr. soz.) erklärt, dass gegen diese Erweiterung nichts einzuwenden sei, jedoch wäre es zweckmässiger, wenn nicht der ganze Teil für Turner vorbehalten bliebe. Auf jeden Fall müssten alle Turner den Platz benützen können. Der Platz dürfe nicht parteimässigen Zwecken zugeführt werden, wie dies im linken Teil der Fall ist. Dort herrschten die Kinderfreunde. Ja es soll sogar vorgekommen sein, dass man auf den von der Gemeinde errichteten Spielplatz Beiträge für die Kinderfreunde eingehoben habe.

St. R. Siegel erklärt, dass es sich hier wohl nur um eine Agitation handeln könnte, die zu unterbinden sehr schwer möglich sei. An der Hand einer Tabelle sei er jedoch in der Lage, zu beweisen, wieviele städtische Einrichtungen, Bäder und Gebäude in der ausschliesslichen Benützung der Minorität stehen, was niemand Wunder nimmt. Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Schliesslich berichtet Stadtrat Siegel über den Wohnhausbau in Ottakring, Brüssiggasse-Thalheimergasse mit einem Kostenaufwand von 3.190.000 Schilling. Dieser Bau ist der erste aus dem Programm des Jahres 1926. Die Pläne stammen von dem bekannten Architekten Oskar Popovits, der das Haus in der Albertgasse erbaut.

G.R. Waldman (chr. soz.) fragt, wieso es möglich ist, dass bei einer Arbeitslosenzahl von über 3000 im Baugewerbe doch 1260 Nichtwiener beschäftigt werden. Hier wäre eine Möglichkeit gewesen, die Arbeitslosigkeit herabzudrücken.

St. R. Kunschak (chr. soz.) erinnert an den Fall des Arbeiters Fink in der Rudolfinergasse, der noch immer keine Wohnung bekommen hat. Seit der Besprechung im Gemeinderat ist wieder über ein Monat vergangen. Man müsse sich nur vorstellen, was es in den letzten regnerischen Tagen geheissen hat, über sich einen Plafond zu haben, worüber seit anderthalb Jahren kein Dachstuhl steht. Nunmehr müsse in öffentlicher Gemeinderatssitzung die Aufmerksamkeit des amtsführenden Stadtrates Weber auf diesen Fall gelenkt werden.

St. R. Siegel erklärt, dass die Kategorien der verschiedenen Arbeiter eines Berufes nicht in jenem abgestimmten Ausmass vorhanden sind, wie es der Betrieb erfordert. Das Verhältnis zwischen den unqualifizierten und qualifizierten Arbeitern ist ungleich. Im heurigen Sommer haben wir zum Beispiel einen grossen Mangel an qualifizierten Arbeitern im Baugewerbe gehabt. Dieser Unterschied hat einige Hundert betragen. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, von ausswärts, so etwa Liesing, Arbeiter in notwendiger Anzahl nach Wien zu schicken. Man hat sogar bis ins Ausland gehen müssen. Auch aus dem Burgenland sind Arbeiter entlandet worden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Speiser berichtet über die Erneuerung des Arbeitsvertrages im Kanalräumungsbetriebe, dessen Entwurf zwischen der Gemeinde Wien und dem Verband der Kanalräumer Oesterreichs festgelegt wurde. Die Löhne werden für die Zeit vom 13. August 1926 an festgesetzt, für die unteren Kanalräumer mit 65.76 Schilling und für die oberen mit 55.92 Schilling wöchentlich. Dies ergibt eine Erhöhung für die oberen von fünf Prozent und von 8½ Prozent für die, die besonders schwere Arbeit verrichtenden unteren Arbeiter. Die Kündigungsfrist wurde im Einvernehmen mit dem Verband auf einen Monat herabgesetzt. Für diese Aufwendungen ist ein Wahrerfordernis von 50.000 Schilling notwendig. Im Zuge mit diesen Erhöhungen ist auch eine Steigerung der Kanalräumungsgebühren auf das Dreissigfache des Friedenszinses vom Stadtsenat bereits beschlossen worden.

## FÜNFTER BOGEN

G.R. Doppler (chr. soz.) beklagt, dass die Erhöhung der Bezüge auch eine Erhöhung der Kanalräumungsgebühren nach sich ziehe. Diese wirke wieder weiter und steigere die Betriebskosten der Häuser. Dann übt er scharfe Kritik an einzelnen Vertragsbestimmungen, insbesondere an jenen über die Art der Entlassung von Arbeitern, weil dem Verband im Vertrag eine Monopolstellung eingeräumt werde. Die Sozialdemokraten, die immer gegen den Fascismus und dessen Aktionen heftig protestieren, zuletzt in Amsterdam eine geharnischte Resolution gefasst haben, verfolgen im Wiener Rathaus selbst faschistische Methoden und missachten nicht nur die Staatsgrundgesetze sondern auch die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages über den Schutz der Minoritäten. Schliesslich stellt Renner mehrere Abänderungsanträge, insbesondere verlangter, dass als Feiertag auch Fronleichnam zu gedenken habe.

St.R. Speiser erwidert, dass die Erhöhung der Kanalräumergebühren ganz unbedeutend sei, für den einzelnen Mieter gar nicht in Betracht käme und zweitausend bis dreitausend Kronen monatlich ausmache. Wohl aber komme die Erhöhung den Kanalräumern zustatten, die ja wie man weiss eine schwere harte und gefährliche Arbeit zu verrichten haben. Uebrigens sind die Gebühren noch immer wesentlich niedriger als in der Vorkriegszeit. Bezüglich der Einreihung des Fronleichnamstages unter die im Vertrag aufgezählten Feiertage, sei zu sagen, dass die Kanalräumer selbst sich für die Abschaffung dieses Feiertages ausgesprochen haben. Die Gemeinde wolle da keinen Einfluss nehmen, umsoweniger als die Kanalräumer ersucht haben, ihnen lieber den Allerheiligentag als Feiertag einzuräumen. Mit faschistischen Methoden hat aber dieser Vertrag gar nichts zu tun. Ich kann nur die Faschisten der Wiener Rathesmehrheit auffordern, dass sie gemeinsam mit ihrem Häuptling Mussolini für diesen Kanalräumervertrag stimmen. (Grosse Heiterkeit auf allen Seiten)

G.R. Untermüller: Es lebe der Duce!

Es werden die Abänderungsanträge abgelehnt und der Antrag des Referenten unverändert angenommen.

St.R. Weber berichtet über die Vermietung des städtischen Hauses in Nussdorf, Sickenberggasse, auf zehn Jahre an den Verein Arbeiterhochschule in Wien. Der vorliegende Vertrag bewegt sich in den üblichen für solche Vermietungen zur Anwendung kommenden Grenzen.

G.R. Holaubek (chr. soz.) sagt, dass der Preis um den das Gebäude vermietet werden, sehr mässig ist. Ausserdem handelt es sich aber um eine ausgesprochene Parteisache. In den Bestimmungen der Arbeiterhochschule heisst es ausdrücklich, dass die sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften die Auswahl der Schüler zu treffen haben. Es müsse gefragt werden, ob auch christliche Vereine der Lehrsäle erhalten werden. Wir können dem Vertrag unsere Zustimmung nicht geben.

St.R. Weber erklärt, dass man sich mit der Frage, wie dieses Objekt verwendet werden soll, ernstlich beschäftigt habe. Das Hauptaugenmerk hat man auf die Wahrung des künstlerischen Wertes des Gebäudes gelegt, was auch im Vertrag enthalten ist. Die Arbeiterhochschule ist an die Gemeinde um Vermietung des Gebäudes herangetreten. Ein anderer Bewerber hat sich nicht gemeldet. Der Vorwurf dass hier ein Objekt zu Partezwecken verwendet wird, ist ungerecht. Die Gemeinde hat viele Häuser an die verschiedensten Vereine vermietet, wobei auf die Partezugehörigkeit keine Rücksicht genommen worden ist.

Dem Vertrag wird zugestimmt und sodann die Sitzung um 11 Uhr Nachts geschlossen.